r. 260. XVIII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Freitag, 24. Mai 1889.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Der Bergarbeiter-Streik.

Eine schlimme Wendung

aben neuerdings die Streikverhältnisse in **Westfalen** genommen. ie Mission des Herrn Hammacher ist vorläufig gescheitert, das verflichtlich erwartete günstige Resultat ist ausgeblieben. Nachdem e Essener Abmachungen von verschiedenen Verwaltungen verletzt orden, hatten die Streikenden, durch diesen Wortbruch gereizt, ren Forderungen bekanntlich wieder höher gespannt und ch auf das Berliner Protokoll zurückgezogen, von dem un wieder die Grubenbesitzer nichts wissen wollen. ach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" schloß der Vorstand des bergbaulichen Vereins in seiner strigen Abendsitzung eine Erklärung, daß er nach wie r unentwegt auf dem Boden der Essener Erklärung vom . d. M. stehe und alle darin gegebenen Zusagen treulich erllen, indessen in keinem Punkte zu weitergehenden Zuständnissen sich bestimmen lassen werde. — Die Gegenlage hen sich also wieder schroff und unvermittelt gegenüber. Das schlimmste ist, daß die Versicherung des „unentwegten Feststehens f dem Boden der Essener Erklärung" nach allem Vorgefallenen, nen Glauben mehr bei den entschlossen Bergleuten findet. Die timmung derselben findet einen charakteristischen Ausdruck in dem reits kurz erwähnten neuesten Aufruf des Central-Streikmitees, der am gestrigen Tage im Streikgebiete durch Anschläge rbreitet wurde und folgenden Wortlaut hat:

Gegen alles Erwarten erklärt sich eine größere Anzahl von Zechen an die Beschlüsse des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirke Dortmund nicht gebunden. Viele unserer Kameraden haben her die Arbeit noch nicht aufnehmen können. Mehrere Zechenverwaltungen haben sogar die Delegirten der Belegschaften gemaßregelt und die Zugeständnisse verlangenden Bergleute theils sofort gekündigt, theils mit Kündigung bedroht. Von mancherlei Rohheitsausbrüchen, welche sich verschiedene Beamte gegenüber den wieder anfahrenden Bergleuten herausnahmen, wollen wir hier nicht weiter reden, obgleich dieselben sehr bedauerlich und nicht geeignet sind, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder herzustellen.

Unter diesen Umständen tritt die Frage an uns heran: was wir thun sollen, um die allgemeine Annahme des am vorigen Sonntag geschlossenen Paktes zu erzwingen. Wir dürfen unsere Kameraden nicht im Stich lassen, denn ihre Sache ist unsere Sache, und wenn man ihnen die gemachten Zugeständnisse ungestraft vorenthalten darf, so wird man alsbald auch uns das wieder nehmen, was man uns nur widerwillig gewährt hat. Wir laden daher die Delegirten der sämmtlichen Belegschaften ohne Rücksicht darauf, ob dieselben angefahren sind oder nicht, auf Freitag, 24. d. M., Nachmittags 6 Uhr, zu einer Versammlung ein, welche zu Bochum im großen Saale des Schützenhauses stattfinden soll. Wenn sich der Widerstand der wortbrüchigen Zechenverwaltungen nicht anders brechen läßt, so werden wir wohl oder übel dazu übergehen müssen, die Arbeit insgesammt wieder einzustellen; denn nur die Einigkeit macht uns stark; nur zielbewußtes gemeinsames Vorgehen kann unserer guten Sache zum Siege verhelfen.

Ohne jeden Hintergedanken haben wir auch, der zum Frieden mahnenden Worte unseres Kaisers eingedenk, aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, sobald durch die Beschlüsse der Arbeitgeber der Weg friedlicher Verständigung betreten zu sein schien. Wir konnten nicht voraussehen, daß man uns gegenüber wortbrüchig zu werden gedachte und lehnen die Verantwortung für alle Folgen, die aus dem erbärmlichen Vorgehen so mancher Zechenverwaltungen entstehen könnten, feierlich ab.

Von dem Verlauf der heute nach Bochum einberufenen Bergarbeiter-Versammlung wird die weitere Entwickelung des jetzt leider sehr scharf zugespitzten Streikes abhängen. Die Grubenbesitzer rechnen wohl darauf, daß es nicht gelingen wird, die Gesammtheit oder auch nur die Mehrheit der Arbeiter zu einem neuen Massenstreik fortzureißen. Wenn sie sich aber doch verrechnet haben, so stehen wir vor einem erbitterten Kampfe, dessen Ausgang nicht abzusehen ist und der eben so sehr die Arbeitgeber wie die Arbeiter und das ganze Land mit unheilbarem Schaden bedroht. Wohl Denen, die dann das beruhigende Bewußtsein haben, an der Entfesselung dieses neuen Kampfes unschuldig zu sein!

* * *

Ueber die Bemühungen Dr. Hammachers berichtet der „Westf. Merk.": Bei seiner Ankunft in Dortmund erwartete ihn eine Anzahl Bergleute an der Bahn. Er erkundigte sich bei einem Bergmanne, wie es komme, daß auf verschiedenen Zechen nicht angefahren sei. Als ihm der betreffende Bergmann erklärte, daß verschiedene Verwaltungen die Bedingungen nicht erfüllt hätten, daß sogar die Zeche „Wiendahlsbank" die Deputirten gemaßregelt habe, erklärte Herr Dr. Hammacher sichtlich erregt, er werde so lange hier bleiben, bis der letzte Bergmann wieder angenommen sei; wenn auch nur einem ein Haar gekrümmt werde, so solle er sich nur an ihn wenden, er bürge mit seiner Person dafür, daß die Essener Beschlüsse voll und ganz erfüllt würden. Die zahlreich anwesenden Bergleute brachten ihm für diese Erklärung ein stürmisches Hoch. — Die Hoffnung, daß dem Einflusse des Herrn Dr. Hammacher die Beseitigung der „Mißverständnisse" gelingen werde, hat sich leider nicht erfüllt.

In Betreff der Maßregelung auf der Zeche Wiendahlsbank erklärt die Verwaltung dieser Zeche: „Es ist am Tage vor der Ankunft der Deputirten mitgetheilt worden, daß nicht alle Leute am ersten Tage anfahren könnten, weil viele Stellen zu Bruch gegangen seien und nicht alle Betriebspunkte belegt werden könnten. Als am Dienstag Morgen die ganze Belegschaft antrat, mußten etwa 30 Mann zurückgewiesen werden, weil dieselben nicht beschäftigt werden konnten. Unter diesen befand sich zufällig ein Deputirter, welcher bei einer Gesteinsarbeit beschäftigt war." War es wirklich nur „Zufall", daß sich unter den Zurückgewiesenen ein Deputirter, also am Streik hervorragender betheiligter und darum mißliebiger Arbeiter befand?

Aus den sächsischen Kohlenbezirken.

Lugau-Oelsnitz, 23. Mai.

Die Situation spitzt sich auch im hiesigen Bezirk mehr und mehr zu, da der „Verein für bergbauliche Interessen", der die sämmtlichen Steinkohlengruben im Chemnitzer Bergin spektionsbezirk umfaßt, in seiner Antwort auf die Forderungen der Arbeiter erklärt: Die Erfüllung der vom Arbeiter-Central-Komitee gestellten Forderungen ist einfach unmöglich, wenn die Werke des Reviers nicht zu Grunde gehen sollen. Das ist im Wesentlichen dieselbe Antwort, die im Zwickauer Bezirk die streikenden Arbeiter erhielten, und hier wie dort wird man vorläufig damit nicht weiter kommen. Der „Verein für bergbauliche Interessen" des Chemnitzer Bezirks giebt den Arbeitern noch weit unsicherere Versprechungen als die Zwickauer Werksverwaltungen. Während dort 15 Prozent Lohnaufschlag gewährt wurden, ist der „Verein für bergbauliche Interessen" unter der Bedingung, daß die Belegschaften die Arbeiten nicht einstellen, Folgendes zu gewähren bereit: Die Werksverwaltungen lassen eine entsprechende Lohnerhöhung eintreten. Die Höhe derselben wird zwischen den Belegschaften und den Werken, angemessen den Verhältnissen und der Lage des Werkes geregelt. Die Werksverwaltungen kommen den Wünschen der Belegmannschaft über die Dauer der Anfahrtzeit thunlichst nach, erklären aber die Gewährung einer achtstündigen Schichtzeit, in welche die Zeit des Ein- und Ausfahrens eingerechnet ist, für unmöglich. Die übrigen Zugeständnisse bezüglich der Sonntags- und Ueberschichten lauten bestimmter. Die Bergleute verlangen indeß feste, greifbare Zusicherungen statt allgemeiner, wohlwollender Worte, von denen sie befürchten, daß sie, nachdem die gegenwärtige Sturm- und Drangperiode vorüber ist, eben nichts als Worte bleiben werden.

Ob es den Werken möglich ist, die Forderungen der Arbeiter vollständig zu erfüllen, ist für den Nichtfachmann augenblicklich sehr schwer zu entscheiden. Thatsache ist, daß die Oelsnitz-Lugauer Werke nur theilweise seit einigen Jahren lohnenden Gewinn abwarfen, daß manche derselben aber trotz der verhältnißmäßig günstigen Zeit bis heute zu kämpfen hatten, da nothwendige neue Betriebsanlagen aller Art den Gewinn schmälerten. Die Arbeiter klagen, daß sie körperlich auf das Aeußerste ausgenutzt und viel mehr angestrengt würden als früher, während die Werksverwaltungen behaupten, daß die im Durchschnitt gestiegene Leistung des einzelnen Arbeiters lediglich den verbesserten Einrichtungen der Werke zuzuschreiben sei. Die Oelsnitz-Lugauer wie auch die Zwickauer Arbeiter hatten den Werksverwaltungen gegenüber ferner darauf hingewiesen, daß die Zahl der Unfälle in den Gruben im fortwährenden Steigen begriffen sei. Dieses wird von den Oelsnitz-Lugauer Werken bestritten.

Leider empfinden wir hierbei wieder, wie unvollständig und wenig einheitlich die amtlichen Mittheilungen sind, wenigstens in den neuesten amtlichen Quelle, den kürzlich erschienenen Berichten der sächsischen Fabrikinspektoren. Merkwürdiger Weise fehlt gerade für den Chemnitzer Bergin spektionsbezirk, zu dem die Lugau-Oelsnitzer Gruben gehören, jede Angabe über die Gesammtzahl der in den Werken vorgekommenen Unfälle; man erfährt nur, daß auf den Werken des Bezirks 22 jugendliche Arbeiter verletzt wurden — von den Erwachsenen kein Wort! Anders im Zwickauer Bergin spektionsbezirk. Hier ist die Zahl der Unfälle geradezu überraschend hoch und allerdings gewachsen. Nach verläßlichen Mittheilungen sollen im Zwickauer Bezirk 8—10,000 Grubenleute beschäftigt sein. — Die neuesten Berichte der Berginspektoren lassen selbst über die Durchschnittsziffern der Arbeiter kein Wort verlauten — man denke, daß unter diesen 8—10,000 Arbeitern im Jahre 1887 nicht weniger als 1556 Verletzungen, von denen 16 den Tod im Gefolge hatten, vorkamen, eine Zahl, die sich im Jahre 1888 gar auf 1674 Verletzungen mit 20 Todten steigerte. Hier liegt also eine Steigerung der Unfälle vor, und die Zahl derselben ist eine so hohe, daß ein Verlangen nach Untersuchung der Ursachen und nach Abhilfe nicht als ungerechtfertigt bezeichnet werden kann.

Die sächsische Großindustrie, welche bereits unter dem rheinisch-westfälischen Streik gelitten hat, wird bei einer größeren, länger anhaltenden Arbeitseinstellung in den sächsischen Gruben in eine peinliche Lage gebracht. Weder die Gruben noch die industriellen Etablissements besitzen nennenswerthe Kohlenvorräthe. Von sächsischen Werken sind Lieferungen seit einigen Tagen nur schwer zu haben, und man muß mit jeder Stunde das völlige Versiegen dieser Quelle befürchten. Selbst wenn Rheinland-Westfalen und Schlesien wieder lieferungsfähig wären, was noch keineswegs der Fall ist, so würde sich der Preis des Feuermaterials doch so hoch stellen, daß große Verluste die Folge wären. Die wohlfeile böhmische Kohle, auf die man sich unter den gegenwärtigen Umständen mehr oder weniger angewiesen sieht, ist aber für Dampfbetriebe, da sie zu wenig Heizkraft besitzt, nur dann zu verwenden, wenn die ganze Feuerungsanlage für dieselbe eingerichtet ist, was nur bei ganz wenigen Etablissements der Fall ist. Namentlich für die stark beschäftigte sächsische Maschinenindustrie, der jetzt ohnehin meist nur ganz kurze Lieferfristen bewilligt werden, ist die gegenwärtige unsichere Lage eine durchaus fatale.

* * *

Zwickau, 24. Mai. (Wolff's Bür.) Eine gestern Nachmittag von 1500 Grubenarbeitern besuchte Versammlung beschloß, die geforderte Lohnaufbesserung von 30 auf 20 Prozent herabzusetzen und das Gedinge von 1 Mark resp. 80 Pfennig aufrecht zu halten. Die Vertreter der Werke hatten nur 10 Prozent Lohnzuschlag zugestanden, das Gedinge aber abgelehnt, und diese Zugeständnisse als äußerste Grenze bezeichnet. Zehnstündige Schicht, 50 Prozent Lohnzuschlag bei Ueberschichten, Prüfung und event. Berücksichtigung der sonstigen Wünsche der Arbeiter hatten die Besitzer schon zugestanden.

Spanische Bilderbogen

von

Ernst Bark.

Aus Madrid, im Mai 1889.

Das soziale und geistige Leben eines Volkes findet heute in seiner Tagespresse den treuesten Ausdruck, und wer ein fremdes Land zu bereisen beabsichtigt, thut am besten, sich vorher auf einige der bedeutendsten Zeitungen desselben zu abonniren, was ihm eine bessere Einführung ist, als die klassischen Schriften der betreffenden Nation. Dem Reisenden wie dem Zukunftshistoriker sind die Tagesblätter unschätzbare Dokumente. Nur bedarf es einer richtigen Auswahl der Blätter, und der Neuling wird es anfangs schwer haben, sich ins Chaos der Ansprüchen hineinzufinden. Wo die Gesellschaft einen sozialen oder politischen Gährungsprozeß durchmacht, ist es außerdem nöthig, diese breiten Strömungen stets im Auge zu behalten, um den richtigen Standpunkt einzunehmen. Rußland, Deutschland und Frankreich haben z. B. für einem Ausländer sogleich auffallende Physiognomie in der Gegenwart, wenngleich es oft nur ein Talent, wie Tocqueville, wagen darf, diese Physiognomie charakterisiren und in ihren pathologischen Richtungen verfolgen zu wollen.

Spanien wird gemeiniglich im Auslande als Tummelplatz poetischer Phantasien betrachtet, und selbst seine beständigen Pronunziamientos scheinen nur ein Bühneneffekt dieser poetischen Szenerie zu sein, und doch ist gerade die Pyrenäensperre sehr günstig, damit sich das Land zu einem Versuchsfelde der Einwirkung moderner Ideale auf mittelalterliche Zustände eigne und dem Sozial-Politiker eine Menge interessanter Streiflichter gewähre, die ihm Einsicht geben über sozialpolitische Wechselwirkungen. Eine dieser interessanten Schöpfungen modernen Lebens auf mittelalterlichem Grunde ist die spanische Presse, ein Ableger französischer Einflüsse, der sich indessen auf eine durchaus originelle Weise entwickelt hat.

Die spanischen Zeitungen gleichen in Form und Charakter viel mehr den italienischen als den französischen. Diese sind in hohem Grade literarischen Interessen gewidmet und bieten einem Leserkreise, der, da er seit Generationen geistige Liebhabereien gepflegt, das Vorzüglichste in Literatur und Wissenschaft wenigstens in geschickten Popularisirungen verlangt. Die Italiener und Spanier bedienten sich der Presse in erster Linie zu politischen Zwecken und zur Verwirklichung ihrer nationalen Einheit, und diese zur Abschüttelung der Fesseln, die bald die Gestalt klerikaler Herrschaft, bald diejenige monarchischer Willkür annahmen. Noch heute ist die spanische Presse eine ausgesprochene politische Kampfpresse, und der Politik werden Literatur, Künste und Wissenschaften untergeordnet.

Der Prozeß Varela, der auch nach der Straße, wo der wahrscheinliche Muttermord begangen, Fuencarral genannt wird, ist dank der Presse zu einer großen Staatsaktion geworden, die einen dauernden Druck auf die Aktion des Staates Spanien ausüben wird. Im Alles erstickenden Sumpfe der Bestechlichkeit und des Nepotismus hat man nur einen ehrenwerthen Faktor emporragen sehen — die Presse —, und auch diese wurde leider zum großen Theile aus Parteirücksichten veranlaßt, gegen die schamlose Wirthschaft zu protestiren. Schwer ist es, in dieser Angelegenheit völlig sicher zu urtheilen, so viel ist aber deutlich, daß ohne die Einsprache und das gerichtliche Einschreiten der verbündeten Zeitungen Varela, weil er angeblich im Gefängniß während der Ausübung des Verbrechens gewesen, anstandslos die Erbschaft der zwei Millionen seiner Mutter Luciana Borcino angetreten hätte. Schon war die Voruntersuchung unter der Leitung des Richters Pena Costalago bereit, als einzige Verbrecherin die Magd Higinia Balaguer zu erklären, um auf diese Weise offenbar das Aufsehen zu beschwichtigen, das das Gerücht hervorgebracht hatte, der wegen Diebstahl bestrafte Varela habe seinen Kerker zur Verübung des Verbrechens verlassen dürfen.

Damit lagen die Rollen derart, daß selbstverständlich eine geständige Brandmörderin der Angelpunkt für die offiziellen Kreise und die Regierung wurde, indem ihre Versicherung, allein das Verbrechen ausgeübt zu haben, einem ganzen Wuste von „Unregelmäßigkeiten" zum Feigenblatte diente, und es erklärt sich, wie Higinia lachend den Verhandlungen des Gerichtssaales beiwohnt, da sie die Sicherheit hat, von jenen offiziellen Kreisen statt aufs Schaffot in eine reiche Lage versetzt zu werden. Ihr Vertheidiger, ein Senator, fordert daher auch nichts, als die Anhäufung von Beweisen, daß seine Schuhbekohlene wirklich die Urheberin gewesen, und ein Bewunderer der unsere leidenden Kreise „protegirenden" Raubmörderin hat ihr sogar im Gefängniß einen ernstgemeinten Heirathsantrag gestellt, der angenommen sein dürfte.

Eine unbegreifliche Sorglosigkeit hat eine Reihe der ersten Männer der Regierung in die Sache verwickelt, von denen Montero Rios, Moret, der damalige Polizei-Minister, und Aquilera, der Civil-Gouverneur der Hauptstadt, am wichtigsten sind. Der Erstere hat im Oktober seine von der Presse stürmisch geforderte Entlassung als Präsident des obersten Gerichtshofes genommen und ist in seiner Partei durch sein wenig jenem Posten entsprechendes Betragen ein todter Mann geworden. Gegen ihn liegt der Verdacht vor, seine Empfehlung gegeben zu haben, wodurch der muthmaßliche Helfershelfer Varelas, der Gefängnißdirektor Millan Astray, gegen die Gesetze die Higinia besuchen und deren Erklärungen beeinflussen konnte. Millan scheint die Gefangene überzeugt zu haben, daß die mächtigsten Einflüsse sich für sie geltend machen werden, und sie begnadigt, bald vielleicht als wahnsinnig erklärt und schließlich sich ungestört in dem Glanze der zwei Millionen Francs Varelas sonnen könne.

Einflüsse und zwei Millionen, das giebt in Spanien den Ausschlag! Bergeblich verlangen die von der Presse bestellten Ankläger, daß gegen den Untersuchungsrichter Pena gerichtlich vorgegangen und gegen die anderen hohen Beschützer der Raubmörder eine Untersuchung eingeleitet werde, ein Rein ist die Antwort. Ein Agent des Gouverneurs ist von einer Zeugin beschuldigt worden, er habe sie im Namen Jenes zum Schweigen zwingen wollen; auch diese Sache ist vom Strafrichter unbeachtet geblieben, abgesehen von kleinlichen Verfolgungen zahlreicher in- und ausländischer Publizisten, die es verstanden haben, die unerhörten Mißbräuche und Gesetzesübertretungen darzulegen. Ein Zeuge ein Fuhrmann, wurde Abends von der Polizei ergriffen, und den nächsten Morgen hielt er es für gerathen, die Erklärung zu geben, die